

erste Anlässe sind, und daß latente Psychosen, neurotische Veranlagung sowie die Unfähigkeit, Konflikte mit der Umwelt zu lösen, zur Sucht führen. Daß Drogen kein Mittel zur Bewältigung persönlicher und gesellschaftlicher Konflikte sind, ist von Rehabilitierten offen bekannt worden.

In der Regel entspringt Drogenkonsum zunächst nicht kriminellen Motiven. Das führt zu der Erkenntnis, daß seine wirkliche Bekämpfung nicht von der Polizei erwartet werden kann. Die Gesellschaft selbst muß hier eingreifen. Das bedeutet nicht, die Verantwortung an anonyme Instanzen weiterzugeben. Sachkundige Aufklärung, intensive Hilfe für Abhängige und die Beseitigung der Suchtmotive dürfen nicht an mangelndem Interesse oder finanziellen Mitteln scheitern.

Die Polizei muß ihr Hauptaugenmerk auf jene richten, die an dem Handel mit Drogen und Rauschgiften das große Geld verdienen wollen und dabei die physische und psychische Existenz anderer rücksichtslos aufs Spiel setzen. Um den wünschenswerten Erfolg zu haben, bedarf es nicht eines „kriminalpolizeilichen Geheimdienstes“ – für den verfassungsmäßig kein Raum ist –, wohl aber neuer Einsatzmethoden, die auf polizeilichen Erfahrungen beruhen, die im Kampf gegen Rauschgiftändler bisher gemacht worden sind. Das ist jedoch nicht mehr Wunsch, sondern bereits Wirklichkeit.

FDP: Für Präventivmaßnahmen

Wie die polizeilichen Erfahrungen zeigen, wird Rauschgift in großen Mengen ins Land geschmuggelt und vertrieben. Bei der Abwicklung ihrer Geschäfte bedienen sich die illegalen Rauschgiftändler konspirativer Methoden, ähnlich den Gepflogenheiten im nachrichtendienstlichen Bereich. Deshalb kann die Polizei der Rauschgiftkriminalität mit den herkömmlichen Ermittlungsmethoden allein nicht erfolgreich entgegenwirken.

Internationale Zusammenhänge und konspirative Praktiken der Verbrecher erfordern eine Bekämpfung mit den in der Staatsschutzkriminalität üblichen Mitteln. Hier wäre insbesondere an die Observation von berufsmäßigen Rauschgifthändlern und von Lokalen, in denen Süchtige verkehren, zu denken. Außerdem sollte die Polizei versuchen, die Rauschgiftbekämpfung durch den Einsatz geeigneter Beamter in den Vordergrund zu verlagern mit dem Ziel, in die Organisation des illegalen Handels einzudringen.

Zur wirkungsvolleren Bekämpfung des internationalen illegalen Rauschgifthandels könnten deutsche Kriminalbeamte in die wichtigsten Erzeuger- und Transitländer entsandt werden, um in Zusammenarbeit mit den dortigen Polizeibehörden die Verbringung des Rauschgifts nach Deutschland zu verhindern. Die Anpassung der polizeilichen Fahndungsmethoden an die Praktiken des illegalen Rauschgifthandels und die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit würden eine wirksamere Bekämpfung und Einengung des Rauschgiftmißbrauchs in der Bundesrepublik zur Folge haben.

Porträt der Woche

Günter Kalinowski, Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen in der SPD-Fraktion, ist tot. Die Beisetzung in seiner Heimatstadt Gladbeck war ein Ereignis. Trübe Monate waren dem vorausgegangen. Rund 2000 Bürger erwiesen ihm die letzte Ehre. Er hatte sie mühsam erkämpft durch Taten, die aus der Geschichte der Stadt nicht zu tilgen sind.

Wer Günter Kalinowski kannte, wird ihn so in der Erinnerung behalten: Unscheinbar von Statur, ein hartes, angespanntes Gesicht mit kühlen Augen, wenn es um politische Dinge ging. Doch dieses Gesicht, das schon lange die Spuren von Krankheit trug, konnte auch lachen. Sein Humor war trocken und schlagfertig sein Witz.

Der Politiker Kalinowski hatte ein großes Programm, aus den Erkenntnissen der Vergangenheit und der nüchternen Sicht des für eine lebenswerte Zukunft Unerläßlichen im Eigenbau zurechtgezimmert. Nichts ging ihm schnell genug. Als er im Sommer 1962 seinen Platz im Sitzungssaal der SPD-Fraktion einnahm, war er vom Start weg ein unbequemer, ein ungeduldiger Himmelsstürmer gegen eingefahrene parlamentarische Arbeitsweisen.

Damals, knapp 41 Jahre alt (Kalinowski wurde am 11. Dezember 1921 in Gladbeck geboren), war er bereits aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr fähig, einen handwerklichen Beruf auszuüben. Der Krieg und die Arbeit als Bergmann hatten ihn zum Invaliden gemacht. Sein „Hobby“ war neben seiner Familie, Frau und zwei Kinder, die verbissen verfolgte Idee, aus Gladbeck zu machen, „was nur eben daraus zu machen ist“.

Hier wurde er 1956 Stadtverordneter, 1961 Bürgermeister und 1965 Oberbürgermeister. Die Situation war miserabel. Das Zechensterben hatte dem kommunalen Gefüge tiefe Risse versetzt. Es fehlten



Günter Kalinowski (SPD) †

nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die dynamischen Schwungkkräfte, die eine Stadt braucht, wenn sie das nächste Jahrhundert überleben will.

Günter Kalinowski setzte überall den Hebel an. Als Landtagsabgeordneter karnte er Hilfen des Landes herbei. Im städtischen Bereich, wo er sich als der große Initiator zum „Kaiser von Gladbeck“ entwickelte, war er hinter jedem Quadratmeter Land, auf dem man Industrien ansiedeln oder ganze Stadtteile bauen konnte, her wie der Teufel hinter armen Seelen.

Schon in den letzten fünfziger wie in den ersten sechziger Jahren sprühte er vor Eifer und Stolz, wenn er auswärtigen Besuchern aus dem Auto heraus weite Ackerflächen am Rande der Stadt präsentierte: „Das haben wir bereits gekauft.“ und: „Da verhandeln wir noch mit dem Bauern.“

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß Günter Kalinowski ausgerechnet dort gestolpert ist, wo seine Verdienste am größten sind: Eine Grundstücksaffäre, deren Hintergründe bis heute unklar sind, führten im Frühjahr 1971 zu seinem Rücktritt als OB. – Im Landtag ehrten die Fraktionskollegen den Verstorbenen: „Hier hat er mehr als nur seine Pflicht getan.“

Heinz Meyer-Wreck